

MEMORANDUM DER UNGARISCHEN REGIERUNG AN DIE DEUTSCHE REGIERUNG (BUDAPEST, 10. DEZEMBER 1938)

Über die ungarische Außenpolitik hört man folgende Bemerkungen:

1. Das Abkommen von Bled störte nachhaltig die deutsch-ungarischen Beziehungen.
2. Die Ungarn wollten im tschechischen Konflikt nicht mitmachen.
3. Während der Krise wurden in London so ähnlich wie Neutralitätserklärungen abgegeben.
4. Die Ungarn zweifelten an der Festigkeit bzw. Beständigkeit der Achse Berlin-Rom.
5. Ungarn wirft kurz nach dem Wiener Schiedsspruch die ruthenische und damit heikle, komplizierte Fragen auf.
6. Nach dem Wiener Schiedsspruch ist in Budapest eine antideutsche „Flüsterpropaganda“ entstanden, so daß die Regierung einschreiten mußte.

Zu Punkt 1

Das Abkommen von Bled störte nachhaltig die deutsch-ungarischen Beziehungen.

Seit Jahren wird uns deutscher- und italienischerseits betont, Ungarn soll mit Jugoslawien möglichst freundschaftliche Beziehungen herstellen und mit Rumänien einen Modus vivendi anstreben, dagegen seine Revisionsansprüche auf die Tschechoslowakei konzentrieren, in welcher Richtung sich deutsche und ungarische Interessen treffen.

Die diesbezüglichen Verhandlungen sind bekannt, sie wurden stets den Achsenmächten mitgeteilt, sie gipfelten in dem Bestreben, gleichzeitig auch den Bestand der ungarischen Minoritäten zu sichern.

Konkrete Formen nahmen die diesbezüglichen ungarischen Bestrebungen an, als im März 1937 der ungarische Gesandte in Belgrad [Waldemár Alth] Herrn Stojadinović einen positiven Vorschlag überreichte, den dieser zwar sofort als diskutabel bezeichnete, kurz darauf jedoch zurückwies (inzwischen war die Tagung der kleinen Entente in Belgrad) mit dem Hinweis, daß er mit Ungarn nur im Rahmen der Kleinen Entente verhandeln könne.

Obzwar Ungarn die Kleine Entente als solche nie anerkannte und stets den Standpunkt der bilateralen Verhandlungen vertrat, war es bis zu einer gewissen Grenze gezwungen, Stojadinović' Standpunkt zu honorieren, oder aber auf jedwede Normalisierung der ungarisch-jugoslawischen Beziehungen zu verzichten.

So kam es zur Fortsetzung der Besprechungen während der Tagung des Völkerbundes im September 1937 durch den ungarischen Außenminister und in weiterer Folge zu Besprechungen während der Tagung der Kleinen Entente in Sinaia durch den Gesandten in Bukarest im April 1938.

Im Sommer 1938 waren gewisse Fortschritte zu verzeichnen und Stojadinović bezeichnete den Zeitpunkt der nächsten Tagung der Kleinen Entente, die Ende August stattfinden sollte, als entscheidend. „Jetzt oder nie“, war seine Ansicht.

In Ungarn war es bekannt, daß der jugoslawische Ministerpräsident das volle Vertrauen Berlins genießt. Und in dem Bestreben, das von Deutschland und Italien so oft betonte und auch gewünschte „gute Verhältnis“ zu Jugoslawien und „Modus vivendi“ zu Rumänien zu erreichen, fügte man sich in Bled dem sozusagen forcierten Wunsche Stojadinović'. Es sei bemerkt, daß es sich stets um die Frage der ungarischen Minderheiten und um die Gleichberechtigung Ungarns handelte.

Während der Verhandlungen, die zum Communiqué von Bled geführt haben, hat die Ungarische Regierung an die Tschechoslowakei Forderungen gestellt, mit deren Annahme sie nicht rechnen konnte und die auch tatsächlich nicht angenommen worden sind. In Bled kam daher eine Einigung nur zwischen Jugoslawien und Rumänien einerseits und Ungarn andererseits zustande. Die Ausschaltung der Tschechoslowakei hat eine sehr weitgehende Lockerung, wenn nicht das Ende der Kleinen Entente bedeutet; ohne Bled wäre das Verhalten Jugoslawiens und Rumäniens während der tschechischen Krise bestimmt ein anderes gewesen.

Zu Punkt 2

Die Ungarn wollten im tschechischen Konflikt nicht mitmachen.

Die Gesamtpolitik Ungarns war stets auf die Revision eingestellt und im Sinne des Punkt 1 in erster Linie nach Norden gerichtet.

Da von maßgeblichen deutschen Stellen stets darauf hingewiesen wurde, daß wir hier gleiche Interessen haben, stellte der ungarische Gesandte in Berlin

im Februar 1937 an Generalfeldmarschall von Blomberg die konkrete Frage einer militärischen Zusammenarbeit, bzw. wies er darauf hin, daß es zweckmäßig erschiene, militärische Besprechungen zu beginnen, um Ziele und Einklang festzulegen. Ein gleichzeitiges Vorgehen ließe erhoffen, daß Mobilmachung und Aufmarsch des Gegners eventuell überhaupt zusammenbricht.

Im Februar 1937 teilte Generalfeldmarschall von Blomberg dem ungarischen Gesandten die Bereitschaft Deutschlands mit, Besprechungen, wie sie von den Westmächten „Generalstabsbesprechungen“ genannt werden, mit uns zu pflegen und stellte in Aussicht, darüber mit dem ungarischen Honvédminister, General Röder, dessen Besuch im April zu gewärtigen war, einleitend zu sprechen.

21.-23. April 1937 war General Röder in Berlin. Zu konkreten Besprechungen kam es nicht v. Blomberg betonte, man würde gelegentlich seines Gegenbesuches in Budapest näher darauf eingehen.

Anfang Juni 1937 war Generalfeldmarschall von Blomberg in Budapest. Es wurde vereinbart, über diese Frage im Herbst zu sprechen, wenn Röder zu dem großen Manöver nach Deutschland kommt.

Ende September 1937 war Gen. Röder in Begleitung des ungar. Chefs des Generalstabes bei den Mussolini-Manövern. Mangels Zeit und Gelegenheit wurde General Röder bedeutet, Generalfeldmarschall v. Blomberg käme im Winter 1938 nach Budapest oder Röder nach Berlin und dann würde man sich mit dieser Frage beschäftigen.

Ende November 1937 wurde gelegentlich des Besuches des ungar. Ministerpräsidenten Dr. von Darányi und des ungar. Außenministers von Kánya bei allen führenden Stellen über die gemeinsamen Interessen in der Frage der Tschechoslowakei gesprochen.

Die Zeit verging. Und so fragte der ungarische Gesandte Ende Januar 1938 beim Reichsaußenminister Freiherr von Neurath an, wie es mit der Frage der militärischen Besprechungen stehe. Er betonte, man wolle sich nicht aufdrängen, bzw. die Frage nicht forcieren, doch wäre erwünscht zu wissen, ob ja oder nein.

Freiherr von Neurath war im allgemeinen orientiert, sagte aber, er müßte bei der entscheidenden Stelle anfragen. Im übrigen dürfte Ungarn jedoch nicht sofort marschieren, sondern müßte mit „Gewehr bei Fuß“ stehen, bis sich Jugoslawien deklariere.

Am 4. Februar 1938 erfolgte der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes und bei der Wehrmacht.

Am 7. Februar 1938 gelegentlich eines Dinners bei General Keitel fand der ungarische Gesandte Gelegenheit, S. E. Herrn Reichsaußenminister von Ribbentrop über die deutsch-ungarische Lage und speziell auch über die Stagnation in den militärischen Besprechungen zu orientieren.

Am 22. Februar brachte der Gesandte obige Frage in allen Einzelheiten, speziell auch die Zweckmäßigkeit eines gleichzeitigen Vormarsches bei Generalfeldmarschall Göring zur Sprache. Seine Exzellenz schien auch von der Notwendigkeit militärischer Besprechungen überzeugt zu sein, betonte jedoch gerade so wie Freiherr von Neurath, daß Ungarn nicht gleichzeitig marschieren dürfte! Es muß Jugoslawien Zeit gegeben werden, um die Kleine Entente als nicht mehr bestehend und sich demnach als desinteressiert erklären zu können.

Am 4. März gelegentlich seiner dienstlichen Vorstellung bei Sr. Exz. dem Herrn Reichsaußenminister betonte der Gesandte abermals die Frage der militärischen Besprechungen.

Am 22. April überreichte der Gesandte S. E. dem Herrn Reichskanzler Bilder der Herren v. Darányi und Kánya. Es kam zu einer längeren Unterredung auch über die Tschechoslowakei, wobei der Gesandte sich erlaubte, auf die Frage der militärischen Besprechungen hinzuweisen und auszuführen, daß nach ungarischer Ansicht die Aufnahme derselben wünschenswert erschiene. Seine Exzellenz schien dieser Auffassung im allgemeinen beizupflichten, bemerkte jedoch, man müßte sich darüber vorerst noch im eigenen Bereiche klar werden.

Am 22. April, d.h. noch am selben Abend, sprach der Gesandte beim Herrn Reichsaußenminister vor und befragte ihn, wie die Worte des Herrn Reichskanzlers zu verstehen wären, d. h. wann der Zeitpunkt der militärischen Besprechungen zu gewärtigen wäre.

Der Herr Reichsaußenminister sagte, er glaube, dies könnte gelegentlich des für Ende August in Aussicht genommenen Besuches Seiner Durchlaucht des ungar. Reichsverwesers erfolgen.

Am 1. Juni 1938, das heißt kurz nach der ersten tschechischen Krise führte Sr. Exz. Generalfeldmarschall Göring eine längere Unterredung mit dem Gesandten. Diese wurde vom Generalfeldmarschall auf die tschechische Frage gelenkt, wobei ein vertrauensvoller Ton zum Ausdruck kam, der eine sozusagen selbstverständliche Bundesgenossenschaft andeutete. Im Laufe des Gespräches erlaubte sich der Gesandte anzufragen, ob eine Lösung der tschechischen Frage in 1-2 oder 3-4 Jahren zu gewärtigen sei. Der Generalfeldmarschall deutete eher auf die näherliegende Zeit hin. Der Gesandte stellte es als entscheidend hin, daß Ungarn rechtzeitig benachrichtigt werde, da die Vorbereitungen infolge der noch nicht aufgerüsteten ungarischen Armee und der schwächeren Industrie längere Zeit in Anspruch nehmen. Seine Exzellenz antwortete dagegen, daß man den näheren Zeitpunkt der Aktion vielleicht nicht einmal uns wird mitteilen können, da sonst der Moment der Überraschung verloren ginge.

Der Gesandte brachte die Frage der militärischen Besprechungen in Erinnerung und wies daraufhin, daß General Keitel Anfang Juni nach Budapest fährt, wobei Gelegenheit wäre, darüber zu sprechen.

S. E. der Generalfeldmarschall betonte, wie bereits am 22. Febr., daß Ungarn jedoch nicht marschieren dürfe, damit nicht die Kleine Entente in den Konflikt hineingezogen werde.

Anfang Juni 1938 war General Keitel in Budapest und deutete an, daß die militärischen Besprechungen gelegentlich des Besuches Seiner Durchlaucht des Herrn Reichsverwesers Ende August zur Sprache kommen werden.

Am 5. August 1938 hatte der Gesandte im Verfolge seines Besuches vom 1. Juni abermals eine Unterredung mit S. E. dem Generalfeldmarschall Göring. Auf die Aktualität der tschechischen Frage erhielt er keinen Hinweis.

Ende August 1938, kurz vor dem Besuch Seiner Durchlaucht des Herrn Reichsaußenministers im Hotel Kaiserhof, brachte er ihm wieder die militärischen Besprechungen in Erinnerung. Seine Exzellenz der Herr Reichsminister deutete an, daß diese jetzt zur Sprache kämen.

Am 22. und 23. August 1938 kam auf der „Grille“ und „Patria“ obige Angelegenheit zur Sprache.

Gegen den 20. September, das heißt also vor Godesberg und vor München gab Seine Durchlaucht der Herr Reichsverweser eine schriftliche Erklärung an Seine Exzellenz den Herrn Reichskanzler ab.

Am 26. September erklärte der Gesandte vor Sr. Exz. dem Herrn Generalfeldmarschall Göring und vor Sr. Exz. dem Herrn Reichsaußenminister, daß Ungarn marschieren wird, wobei der Generalfeldmarschall nochmals betonte, daß Ungarn eine kurze Zeit warten müsse, bis Jugoslawien sich erklärt, da sonst eventuell die ganze Kleine Entente mit hereingezogen werden könnte.

Am 28. September, am Vorabend von München, erklärte der Gesandte abermals dem Herrn Generalfeldmarschall und auch Herrn Staatssekretär von Weizsäcker, daß Ungarn marschieren wird.

Aus Obigen ist klar ersichtlich, daß Ungarn seit über 1½ Jahren bemüht war, militärische Besprechungen zustandezubringen, deren Ziel das rückhaltslose Zusammengehen in der Frage der Tschechei war.

Zu bemerken wäre noch, daß man in Berlin an zuständigen Stellen darüber orientiert war, daß die ungarische Armee sich erst im Zustande der Aufrüstung und Umorganisation befand. Es war weiter bekannt, daß wir unentwegt Bewaffnung, Munition und Ausrüstung sowie Flugzeuge von der deutschen Heeresleitung erbaten, daß in der Erfüllung unserer Wünsche jedoch große Verzögerungen eintraten. So baten wir auch z. B. im Frühjahr 1938 dringendst das gewesene österreichische Kriegsmaterial, zuletzt Ende Mai, gelegentlich des Besuches des General Becks in Budapest, welche Angelegenheit bis heute noch nicht abgeschlossen ist.

Zu Punkt 3

Während der Krise wurde in London so ähnlich wie eine Neutralitätserklärung abgegeben.

Neutralitätserklärung wurde tatsächlich nirgends abgegeben.

Aus den Ausführungen zu Punkt 2 geht hervor, daß die Revisionsbestrebungen und Ungarns Verantwortung vor der Geschichte es niemals zugelassen hätten, daß sich Ungarn von einem Konflikt mit der Tschechei fernhalte.

Was speziell London anbetrifft, so wird es erinnerlich sein, daß der ungarische Gesandte am Tage von Godesberg, also am 23. September, Herrn Unterstaatssekretär Dr. Woermann sowohl mündlich als auch schriftlich dahin orientierte, daß der englische Gesandte Knox am Tage vorher beim ungarischen Außenminister eine offizielle Demarche vornahm, bei welcher er gegen ungarische militärische Maßnahmen an der tschechoslowakischen Grenze Einspruch erhob. Es wurde auch mitgeteilt, daß Herr von Kánya in Ungarn gegen das provokatorische tschechische Vorgehen tatsächlich militärische Vorkehrungen getroffen hat und jede Verantwortung für eventuelle Explosionen von sich wies! usw. usw.

Der Gesandte orientierte darüber am 26. Sept. auch Seine Exz. Herrn Generalfeldmarschall Göring, als ihm dieser von ungarischen Neutralitätsgesten in London Erwähnung tat. Er erlaubte sich außerdem, dem Generalfeldmarschall mittels eines Briefes am 27. September den vollen Wortlaut des Gespräches Knox- v. Kánya zu übersenden.

Zu Punkt 4

Die Ungarn zweifelten an der Festigkeit bzw. Beständigkeit der Achse Berlin-Rom.

Bekanntlich verfolgt Ungarn seit jeher eine deutschfreundliche Politik und nach dem Kriege auch Freundschaft zu Italien.

Ungarn war in gewissem Maße mitbeteiligt und mitinteressiert an dem Entstehen der Achse Berlin-Rom (v. Gömbös). Seither stützt sich seine Außenpolitik in erster Linie auf die Freundschaft zu Berlin und Rom.

An der Festigkeit der Achse wurde nie gezweifelt, weder vor noch während oder nach der Krise.

Die Ausführungen in Punkt 2 und 3 beweisen dies ganz konkret.

Im übrigen darf noch erwähnt werden, daß Ungarn am 21. November sich bereit erklärte, noch näher an die Achse heranzutreten. Und dies zu einem Zeitpunkt, als die tschechische Frage bereits günstig erledigt war und als mehrere Staatsoberhäupter Mittel- und Osteuropas nach London fuhren.

Zu Punkt 5

Ungarn wirft kurz nach dem Wiener Schiedsspruch die ruthenische und damit heikle, komplizierte Frage auf.

Ungarn hätte sich ohne Zweifel den Ereignissen im ruthenischen Gebiet ferngehalten, wenn es nicht der Ansicht gewesen wäre, daß diese Frage Deutschland nicht interessiere. Abgesehen davon, daß deutscherseits wiederholt betont wurde: was östlich der alten ungarischen Grenzen geschieht, interessiert Deutschland nicht, konnte der gewesene ungar. Ministerpräsident Dr. v. Darányi am 14. Oktober auf seine diesbezügliche konkrete Anfrage feststellen, daß man an maßgebender deutscher Stelle in der ruthenischen Frage desinteressiert ist.

Es handelt sich hier übrigens bloß um einen 50 X 200 km langen Streifen, 1500-2000 Meter hohes bewaldetes und zerklüftetes Gebirgsland, mit beiläufig 500 000-600 000 armen Einwohnern, die seit tausend Jahren in den ungarischen Städten Ungvár und Munkács und der daranschließenden ungarischen Tiefebene ihren Lebensunterhalt finden.

Die in der feindlichen Presse erfundenen Brunnenvergiftungen, daß Ungarn die gemeinsame Grenze mit Polen nur deshalb sucht, um mit Polen, Rumänien und Jugoslawien einen antideutschen Block zu bilden, sind nicht schwer zu widerlegen. Denn abgesehen von der in den Punkten 1-4 erörterten Politik Ungarns ist die Tatsache, daß sich in Rumänien 1,7 Million Ungarn befinden und noch dazu in einer recht ungünstigen Lage usw. usw., wohl genügend, um ein Bündnis mit diesem Staate als unmöglich zu erkennen. Mit Jugoslawien liegt es fast ähnlich.

Übrigens bildet das fragliche Gebiet einen Verbindungskorridor des Kommunismus nach der Tschechoslowakei und in entfernteren Zeiten eine Verbindungslinie des Panlawismus von Moskau bis Prag. Es ist bekannt, daß vor dem Weltkriege der berühmte Panlawist Bobrinsky gerade in diesem Gebiete sehr tätig war und von hier in westlicher Richtung zu den Slowaken und Tschechen hin seine Propaganda erfolgreich betrieb. Wenn daher Ungarn ein gewisses Interesse für diesen Gebietsstreifen hat, so liegt dies daran, daß es vorteilhaft erscheint, die Westslawen (Tschechen u. Slowaken) von den Ostslawen zu trennen und die schützende Karpatengebirgskette im eigenen Besitz zu haben, an welcher einzig und allein ein nachhaltiger Widerstand gegen von Osten her kommende Wellen geleistet werden könnte. Dies erwies sich auch im Weltkrieg, und dies liegt nicht in letzter Linie nach unserem Ermessen auch in deutschem Interesse.

Zu Punkt 6

Nach dem Wiener Schiedsspruch ist in Budapest eine antideutsche „Flüsterpropaganda“ entstanden, so daß die Regierung einschreiten mußte.

Es ist nicht zu bestreiten, daß in Budapest eine Flüsterpropaganda Platz gegriffen hat, und zwar selbstverständlich im Kreise der jüdischen Bevölkerung und deren Anhang. Diese Flüsterpropaganda dürfte von ausländischen deutsch- und ungarnefeindlichen Stellen genährt worden sein.

Aber gerade die Tatsache, daß der ungar. Ministerpräsident Herr von Imrédy nach Bekanntwerden dieses Vorgehens energisch dagegen eingeschritten ist, beweist, daß sowohl die ungarische Regierung als auch die ungarische Bevölkerung dieser und deren Tendenzen absolut ferngestanden ist und überhaupt einer solchen fernsteht.

[Quelle: Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933-1944), Budapest 1966, S.205-211.]